

Rechtlosigkeit aufgebaute Organisation der Nazis unter dem Kanonendonner der Feindmächte zusammen ...“ (S. 663f.). Solche klaren Distanzierungen finden sich jedoch erst jetzt.

Insgesamt gesehen hinterlässt die Chronik auf den heutigen Leser einen ambivalenten Eindruck. Deutlich wird, wie eine nationale Einstellung und die alles beherrschende NS-Propaganda auch das Denken eines liberalen Demokraten trübten. Andererseits werden die Lebensumstände während des Krieges so präzise geschildert, dass diese schwierige Zeit mit Ängsten und Hoffnungen lebendig wird. Nach beiden Richtungen hin ist die Geisesche Chronik eine wichtige Quelle.

Martin Stiewe

Hedwig Schrulle, Verwaltung in Diktatur und Demokratie. Die Bezirksregierungen Münster und Minden/Detmold von 1930 bis 1960 (Forschungen zur Regionalgeschichte Bd. 60), Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2008, 765 S., geb.

Bei Max Weber, auf den die Verfasserin mehrfach, aber nicht unkritisch verweist, können wir lesen, dass die Bürokratie der Herrschaftsausübung dient. Die hier anzuzeigende Untersuchung, die von der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität als Dissertation angenommen wurde, liefert dazu einen speziellen, ebenso interessanten wie materialgesättigten Beleg. Die Arbeit zeigt „die Beharrungskraft des Beamtenapparats über die politischen Systemwechsel hinweg“ (S. 2) auf.

Die leitenden Fragestellungen werden in einer umfangreichen Einleitung (S. 1-33) vorweg erläutert. So weiß der Leser sofort, worauf er achten soll. Der für die Untersuchung gewählte Zeitraum umfasst einmal den politischen Machtwechsel von 1933, der die Beamten der Bezirksregierungen veranlasste, sich aus Überzeugung oder aus Opportunismus der nationalsozialistischen Herrschaft anzupassen, und die folgende Zeit der NS-Diktatur. Wie der Machtwechsel im Einzelnen geschah, wird am Beispiel der Bezirksregierungen Münster und Minden detailliert untersucht. Hier liegt der Schwerpunkt des Buches. Beide preußischen Regierungsbezirke unterschieden sich und hatten eine jeweils charakteristische Prägung. Münster war ein Regierungsbezirk, der weitgehend „von den Wert- und Normvorstellungen des katholischen Sozialmilieus geprägt war“ (S. 5), wenn man von Tecklenburg und den Kreisen Ahaus und Steinfurt sowie den heterogeneren Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets (Bottrop, Gladbeck, Recklinghausen) und dem Landkreis Recklinghausen absieht. Regierungspräsident war von 1926 bis zum „Preußen-Schlag“ (1932) Rudolf Amelunxen, ein überzeugter Demokrat, der dem Zentrum angehörte und von Dr. Hermann Pünder ersetzt worden war. Dagegen umfasste der Regierungsbezirk Minden neben dem katholischen Paderborner Land den protestantischen Raum Minden-Ravensberg. Hier gab es „neben dem ländlich-konservativen das pietistische und in den Städten das bürgerlich-liberale und proletarische Milieu“ (S. 6).

Regierungspräsident war Dr. Paul Hagemeyer, der Mitglied der Deutschen Volkspartei war. Pünder und Hagemeyer wurden 1933 alsbald abgelöst.

Die Verfasserin beschäftigt sich nicht nur mit den personellen Veränderungen an der Spitze der Regierungspräsidien, sondern umfassender mit der Stellung der Bezirksregierungen im „polykratischen System“ des NS-Regimes (S. 167-206) überhaupt. Dazu untersucht sie, wie weit sich die konkrete Arbeit der Bezirksregierungen Münster und Minden veränderte, und analysiert die klassischen Aufgabengebiete: die Baupolizei (S. 207-247), die Schulaufsicht (S. 249-379) und die Medizinalverwaltung (S. 381-463). Hier werden nicht nur die vom Nationalsozialismus, etwa durch den Gauleiter, erzwungenen oder stark beeinflussten Entwicklungen nachgezeichnet, sondern auch die späteren, durch den Krieg bedingten Umstellungen und Veränderungen dargestellt. So entsteht ein facettenreiches Bild, dessen Anschaulichkeit und Perspektivenreichtum überzeugt. Der behördliche Alltag dieser dunklen Jahre wird sichtbar. Querverbindungen zu anderen Problemfeldern treten hervor. Gerade dieser erste Teil der Untersuchung bietet ein Maximum an Anregungen, auch für die kirchenhistorische Arbeit.

Der zweite Schwerpunkt der Untersuchung liegt bei der Entnazifizierung und dem demokratischen Neuanfang nach 1945 (S. 465-532). Obwohl dieser Zeitraum wesentlich kürzer behandelt wird, sind die Ergebnisse der Untersuchung auch hier aufschlussreich genug. Die Alliierten hatten auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 beschlossen, Personen, die sich über eine nominelle Mitgliedschaft hinaus in der NSDAP in führenden Funktionen betätigt hätten, aus öffentlichen Ämtern und anderen leitenden Tätigkeiten zu entfernen. Die Verfasserin fragt, inwieweit die neu eingesetzten Regierungspräsidenten auf die Entnazifizierung Einfluss nahmen. Viel haben sie jedenfalls nicht durchgesetzt oder durchsetzen wollen. Die Entnazifizierung des öffentlichen Dienstes wurde wie überall nur halbherzig durchgeführt. Sie geriet bald zu einer „Mitläuferfabrik“ (S. 465). Wer zu den „Mitläufern“ (Kategorie IV) zählte, hatte nichts zu befürchten. Die früheren Regierungspräsidenten waren 1945 aus dem Dienst entlassen und verhaftet worden, blieben aber in der britischen Besatzungszone maximal nur zwei bis drei Jahre im Internierungslager. Sie wurden als „Minderbelastete“ in die Kategorie III eingestuft. Allerdings wurden ihre Pensionsansprüche mit einer Ausnahme gekürzt.

Die Verfasserin richtet in diesem Zusammenhang ihre Aufmerksamkeit besonders auf die Schulverwaltung nach 1945, weil die Besatzungsmacht mit sachlichem Recht in der Erziehung den Ansatzpunkt zur politischen Umerziehung sah (S. 533-596). Zunächst wurden in Nordrhein-Westfalen etwa 15% der Lehrkräfte entlassen, doch 1949 unterrichteten fast alle Entlassenen wieder. Die Bezirksregierungen hatten andere Sorgen und Aufgaben, zum Beispiel die Wiedereinführung von Bekenntnisschulen.

Ein letztes Kapitel fasst den Ertrag der voluminösen Untersuchung zusammen (S. 579-609). Nach den Erfahrungen der politischen Umbrüche dominierte nach 1945 in den Regierungspräsidien wieder das „Leitbild von der

vermeintlich unparteiischen, nur dem Gemeinwohl verpflichteten Beamtenschaft“ (S. 608f.).

Die Arbeit mit einer derart komplexen Untersuchung wird durch einen Anhang wesentlich erleichtert (S. 611-765). Hier finden sich für den gewählten Zeitrahmen Listen aller preußischen Regierungspräsidenten und Regierungsvizepräsidenten sowie der leitenden Beamten der westfälischen Bezirksregierungen, vor allem aber Kurzbiographien der in der Untersuchung berücksichtigten Personen. Dieser Anhang sorgt dafür, dass man in der Fülle der Details nicht den Überblick verliert. Die anspruchsvolle Untersuchung verdient Respekt.

Martin Stiewe

Leonhard Lehmann, 150 Jahre Kapuziner vor dem Neutor. Kapuzinerkloster Münster, Münster 2008, 39 S., kart.

Pater Dr. Leonhard Lehmann OFM^{Cap} ist Professor an der Päpstlichen Universität Antonianum in Rom. Mit der vorliegenden Schrift legt er seinen Vortrag am 27. Juni 2008 im Kapuzinerkloster in Münster vor, den er zum 150-jährigen Jubiläum des Klosters vor dem Neutor gehalten hat. Der Vortrag erscheint hier in einer etwas erweiterten Fassung mit den nötigsten Hinweisen zur Literatur und reich mit historischen und aktuellen Fotos versehen.

Zunächst legt Lehmann das Entstehen der Kapuziner in Italien und deren Ankunft in Deutschland kurz dar. Der Gründung des ersten Kapuzinerklosters in Köln 1611 folgten weitere Niederlassungen: in Westfalen waren es Paderborn, Münster, Coesfeld, Borken, Brakel, Werl, Rüthen, Werne, Brunnen bei Sundern, Marsberg und Bocholt. Die meisten Klöster wurden im beginnenden 19. Jahrhundert auf politischen Druck säkularisiert. Bis heute bestehen die Klöster in Münster und Werne.

In Münster bestand die Niederlassung zunächst von 1615 bis 1811 im Kirchspiel St. Aegidii. Der bekannte Baumeister Johann Conrad Schlaun schuf hier einen Neubau; geweiht wurde das neue Gotteshaus 1728 von dem Kölner Kurfürsten Clemens August von Bayern, der letztmalig die Territorien Westfalens vereinigte (1719–1761). Französische Beamte „vollzogen aufgrund eines Kaiserlichen Dekrets vom 14. November 1811 die Säkularisation. [...] Alles Klostergut wurde versteigert, selbst die Paramente und liturgischen Geräte“ (S. 10).

Neu errichtet wurde das Kloster vor dem Neutor im Jahr 1858. Die Niederlassung bestand bis 1875 („Kulturkampf“). Seit 1887 besteht das Kloster bis heute. Mit Hilfe von Mitbrüdern aus Holland und Tirol wurde die Rheinisch-Westfälische Kapuzinerprovinz vor dem Untergang bewahrt; sie erholte sich stetig. Von elf Häusern war das bedeutendste das Kloster in Münster. Es wurde zum Studienhaus. Ein besonderes Amt hatte im Dom zu